

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Große Fleisberggasse Nr. 14, I.
Telephonruf 5044.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 15 Pfg.,
von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Pettzeile oder deren Raum be-
rechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten
der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher ge-
leistete Bezahlung angenommen.

Nr. 4.

Sonnabend, den 27. Januar 1906.

10. Jahrgang.

Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

Sirchach-Gebelsbach-Eltmann. Zugang nach hier ist streng fernzuhalten. Die Vertrauensleute wurden gemäßregelt.

Dürkheim. Platz Gebrüder Fideisen ist gesperrt.

Sindensfeld, Bedenkirchen, Elmshausen und Bensheim. Die Aussperrung dauert fort. Die Herren Kreuzer und Höhringer suchen in niederbayrischen und oberpfälzischen Zeitungen Arbeitswillige. Den Leuten wird hoher Lohn versprochen und dabei wird verschwiegen, daß sie ihren Steinarbeitern, die unserem Verbands angehören, das Koalitionsrecht illusorisch machen. Jeder Steinarbeiter meide solche Angebote.

Kappelrodt. Der Streik dauert fort. Zugang nach dem Schwarzwald ist streng fernzuhalten.

Madweiler (Unterelsaß). Sämtliche organisierte Kollegen von Madweiler und Umgebung sind ausgesperrt.

Karlsruhe. Die organisierten Marmorsteine der Firma R. Gössel wurden entlassen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Laufhamholz bei Nürnberg. Der Streik ist beendet. Zugang ist aber noch fernzuhalten, da noch nicht alle untergebracht sind.

Baugen. Wegen erfolgter Lohnreduzierung bei der Firma Moritz u. Max Senker ist Zugang streng fernzuhalten.

Bilder aus dem gegenwärtigen Wirtschaftsleben.

I. Das Wesen der Kartelle.

Noch niemals hat das Wirtschaftsleben der Völker solch stürmisch zu neuen Bildungen und Entwicklungen drängende Tage erlebt, als sie die gegenwärtige Generation beobachten kann. Die ungeheure Expansionskraft des Kapitals löst vor unsern Augen alte Erzeugnisse unserer Väter von ihrer Höhe herab und erzeugt neue Organe und Organisationen, in denen sich jene Veränderungsvorgänge vollziehen. Die im Besitz der Produktionsmittel befindlichen herrschenden Klassen werden immer mehr der Spielball des Kapitals, das sie zu bemächtigen wahren.

Zugleich wird es für die mitten im Wirtschaftskampfe Stehenden immer schwieriger, den Ueberblick über all die neuen Wirtschaftsgebilde nicht zu verlieren und ihre Grundtendenzen in allen ihren Konsequenzen klar zu erfassen. Und gerade die Arbeiterklasse, die unter der heutigen Gesellschaftsordnung am meisten zu leiden hat, muß hier in allererster Linie auf dem Posten sein. Sie muß das Wesen der sie beherrschenden Wirtschaftsform erkennen, denn nur das kann man bekämpfen, mit dem man vertraut ist.

Vor allem erheischt es die Zeit der gigantischen Kämpfe mit dem kapitalistischen Unternehmertum, daß das Proletariat über dessen Organisationen, Korporationen und Interessensvertretungen, denen es so oft gegenüberzutreten hat, nicht im unklaren ist. Mancherlei Mißverständnisse sind hier noch zu beseitigen. Die folgenden Ausführungen sind dazu bestimmt, zunächst einmal die Kartelle und verwandte Organisationsbildungen des Unternehmertums zu beleuchten. Hier sind ja besonders unwälzende und zerstörende Einwirkungen auf unser Wirtschaftsleben in Erscheinung getreten, die vielfach die alte Formel vom Verhältnis des Angebots und der Nachfrage zunichte machen, ja, die Gewerbefreiheit zum guten Teil ausschalten. Und wie eine Ironie der Weltgeschichte wirkt es, wenn wir sehen, daß diese Bestrebungen von derselben Kapitalistenklasse ausgehen mußten, die sich bei Beginn des verflochtenen Jahrhunderts so mächtig für freie Konkurrenz und Gewerbefreiheit ins Zeug legten.

Gleich zu Beginn muß nun der Gesichtspunkt hervorgehoben werden, unter dem die Arbeiterschaft die Kartelle, Syndikate usw. einzig und allein zu betrachten hat. Das Klassenbewußte Proletariat muß erkennen, daß auch die Kartelle nicht etwas ganz Willkürlich in die Luft Geketztes und Gemachtes sind, nicht einer zufälligen Absicht des Unternehmertums nach höherem Profit entspringen, sondern daß sie sich naturgemäß aus der mit Riesenschritten voraneilenden Entwicklung des Kapitalismus, der kapitalistischen Großunternehmung ergeben mußten. Sie sind das natürliche Ergebnis aller der Umwälzungen des unternehmungsweisen Fabrikbetriebes im 19. Jahrhundert, vor allem in dessen letztem Viertel.

In dreierlei Richtungen vollzogen sich hauptsächlich die Umwälzungen. Zunächst sind die gewaltigen Betriebs- und Kapitalkonzentrationen hervorzuheben, die in Industrie, Handel und vor allem im Bankwesen gleichermaßen zu beobachten sind. Die Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahre gibt uns eine solche Menge anschaulicher Beispiele, daß sich ein näheres Eingehen auf diese Entwicklung wohl erübrigt. Eine weitere neue Entwicklungsform, der in der Öffentlichkeit im allgemeinen zu wenig Beachtung geschenkt wird, sind die sich immer mehr ausbreitenden kombinierten und gemischten Unternehmungen, in denen sich die getrennten Produktionsetappen wieder zu vereinigen beginnen. Immer mehr nehmen nämlich die großen Unternehmungen alle Neben- und Hilfgewerbe in ihr Bereich auf; die Eisen- und Stahlwerke statten sich mit eigenen Kohlenzechen aus,

bauen sich eigene Hochöfen zur Herstellung des Roheisens, kaufen Wälder an, um deren Holz zur Unterbauung ihrer Zechen zu verwenden, mit eigenen Schiffen schaffen sie ihre Erze weit aus dem Auslande aus von ihnen angekauften Erzgruben herbei, und jene landen schließlich in großen Häfen, die einzig und allein den Zwecken der betreffenden Unternehmer dienen. Man denke nur an die Werke der Krupp, Stinnes, Thyssen im Ruhrgebiet! Wir sehen ferner, wie die großen Buchdruckereien alle früher selbständigen Nebengewerbe ihrem Betriebe einverleiben; die süd-deutschen Brauereien haben ihre eigenen Mälzereiverkstätten, die ihnen die Fässer fertig herstellen.

Das sind nur einige wenige Beispiele dieser Entwicklung, die noch lange nicht zum Abschluß gelangt ist und mit fortwährend wechselnden Momenten täglich neue Umwälzungen hervorruft.

Und eine Parallele zu diesen Erscheinungen bilden nun die Kartelle, Syndikate, unter denen wir verträglichere Vereinbarungen der Unternehmer verstehen, die durch dauernde Beherrschung und Monopolisierung des Marktes möglichst hohe Gewinnerzielung bezwecken. Daß diese Kartelle meistens schließlich wieder zu reinen Konzentrationen in Form von Trusts, Fusionen, Konzerns usw. führen, sei nebenbei erwähnt.

Uns hat nun zu allernächst die Frage zu beschäftigen: Was führte unmittelbar zu diesen neuen kapitalistischen Bildungen? Sie sind zu erklären aus dem Konkurrenzkampf aller gegen alle, bei dem riesenhafte Kapitalmengen ständig bedroht waren, verloren zu gehen. Und dieses Risiko wurde naturgemäß um so größer, je mehr die Großbetriebe ihr Haupt erhoben. Und neben diesen Gefahren von seiten der Konkurrenz wuchs natürlich auch die Abhängigkeit von den Lieferanten der Roh- und Hilfsstoffe, andererseits vom Großhandel, der ihnen den Vertrieb ihrer Erzeugnisse abzunehmen hat. Das Ziel der Kartelle und Syndikate ist es nun, dieses Risiko auszuschalten, sich feste Preise zu sichern und einen geregelten Absatz zu verschaffen, sowie die Ueberproduktion zu beseitigen.

Wir wollen nunmehr in eine Spezialbetrachtung der Kartelle eingehen, die man vielfach treffend und kurz als „Gewinnversicherungen auf Gegenseitigkeit“ definiert hat. Vor etwa zwei Jahrzehnten hat man sie in der national-ökonomischen Entwicklung so gut wie nicht gekannt, denn erst gegen Ende der 70er Jahre traten sie bei uns stärker in den Vordergrund; die modernen Aktiengesellschaften, die ihnen in der gemeinsamen Zusammenfassung des Kapitals vorangingen, waren die Basis, auf der sie sich erhoben. Und ein Uebrigtes tat noch die Bismarcksche Schutzpolitik, die die Konkurrenz des Auslandes abhielt und dem Unternehmertum den Weg zum Kartell unverböhlen wies. Diese traten denn auch bald einen hastig vorwärtst-drängenden Siegeszug durch fast alle Kulturstaaten an, der im Jahre 1904 seinen Höhepunkt erreichte. Gaben wir doch nach den neuesten amtlichen Erhebungen über 400 Kartelle und Syndikate, die, soweit sie ermittelt sind, sich wie folgt verteilen:

Industrie	Verbände
Kohlenindustrie	19
Eisenindustrie	62
Metallindustrie, außer Eisen	11
Chemische Industrie	46
Textilindustrie	31
Leder- und Schuhwarenindustrie	6
Holzindustrie	5
Papierindustrie	6
Glasindustrie	10
Ziegelindustrie	182
Industrie der Steine und Erden	27
Tonwarenindustrie	4
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	17
Elektroindustrie	2
Sonstige	7

In wirtschaftlicher Beziehung sind die Kartelle der Montan- und Eisenindustrie sowie der chemischen Werke am bedeutendsten; sie sind hier allein tonangebend und diktieren dem Markte ihren Willen. Nicht weniger als 12 000 Betriebe sind nach den letzten Daten unmittelbar in Kartellverbänden vereinigt, wobei noch zahlreiche Unternehmen, z. B. die Ziegeleien, infolge besonderer Umstände nicht einmal berücksichtigt sind. Und die Folgen dieser Riesenkoalitionen sind, wie wir bereits gesehen haben: Monopolistische Beherrschung des Marktes, Einschränkung des Wertens von Angebot und Nachfrage, und zugleich immer weiteres Gedeihen des Großbetriebs unter Niederknebelung des Kleinunternehmertums. Und Hand in Hand damit geht wachsender politischer Einfluß, Uebergewicht der Interessenspolitik der kartellierten Großunternehmer, die selbst mit der Regierung nach Belieben umspringen können. Ereignisse während des letzten großen Bergarbeiterstreiks geben sprechende Belege dafür. In starrer Zähigkeit halten sie zumeist gegenüber den Arbeitern das Prinzip vom „Herr im Hause sein“ aufrecht. Neben dem eingetragenen ostelbischen Zunfttum hat hier die moderne Entwicklung ein neues, womöglich noch herrschaftlicheres aus dem Boden gestampft, dessen Stammsitze besonders in den Gegenden des Rheins und der Ruhr zu finden sind.

Werfen wir aber nunmehr einen Blick in den inneren Aufbau der Unternehmerkartelle und versuchen wir, zunächst die Grundtendenzen der Organisation zu entwirren, wobei wir schließlich einige Hauptformen klarlegen können, die — sonderbarerweise — bei äußerlicher Betrachtung

mancherlei Ähnlichkeit mit den Zünften der ehrfamen Handwerksmeister von anno dazumal zu haben scheinen.

Zunächst ist es wohl da am Nabeliegendsten, daß sich die Unternehmer eines Industriezweigs verständigen, gewisse Preise für eine längere, vertragsmäßig festgesetzte Zeit zu vereinbaren, unter denen sie ihre Waren nicht verkaufen dürfen. Das ist wohl die primitivste Form der Kartellierung, die Preiskartelle.

Nebenher entwickeln sich aber neue, teilweise kompliziertere Bildungen, z. B. die Gebietskartelle! Da die Unternehmer sich überall bekämpfen und keiner von ihnen schließlich in keiner Gegend vor den Produkten des Konkurrenten sicher ist, so kommt man darauf, sich zusammenzufinden und sich das Absatzgebiet territorial voneinander abzugrenzen. Jeder ist nun in gewisser Beziehung in dem ihm zugewiesenen Kreise allein und kann eine Art Monopolstellung darin erlangen.

Aber noch ist der Reigen nicht erschöpft. Häufig finden wir Kartelle, die sich gegen die Produzenten der Roh- und Hilfsstoffe wenden, auf die man einen Druck bez. der Kaufbedingungen auszuüben beabsichtigt. Und das veranlaßt natürlich wieder die Produzenten der Rohprodukte, nun ihrerseits Abwehrkartelle zu bilden, um den Maßnahmen der Abnehmer wirksam begegnen zu können. Auf diese Weise ergibt sich eine fortwährende Wechselwirkung; ein ganzer Hattenkönig von Kartellen wird ins Leben gerufen. (Fortsetzung folgt.)

Zum Verbandstag.

Kaum ist die Tagung des Verbandstages bekannt gegeben, so beginnt man auch, wie immer, sich mit neuen Unterstützungseinrichtungen zu befassen, trotzdem die bis jetzt bestehenden noch nicht einmal genügend ausgebaut sind. Ein jeder wird mir wohl zugeben müssen, daß gerade die Maßregelungs- und Reiseunterstützung nur ein halbes Mäximum ist und besseren Ausbaus bedürftig wäre, was ja bereits in dem Bericht des 15. Gauess ebenfalls festgelegt worden ist. Wie bekannt, fliegen meistens solche Kollegen aufs Strafenpflaster, welche sich für das Verbandsinteresse opfern und dasselbe verteidigen. Da sie nach Ablauf der vierwöchigen Unterstützung dem Hunger preisgegeben sind, da wäre eine Erhöhung von vier auf acht Wochen am Platze; ebenso stellt es mit den Umzugskosten und der Reiseunterstützung. Selbst Kollege Staudinger gibt dieses in einer der letzten Nummern vergangenen Jahres zu, wirft jedoch die Frage auf, wovon bestreiten, wenn keine Beitragserhöhung stattfinden soll? Ich möchte darauf erwidern, daß, wenn bei Streiks von manchen Zahlstellen vorzüglicher vorgegangen würde (Dies ist wohl ein frommer Wunsch, Red.), manche Tausende von Mark dem Verbands erhalten blieben. Die Gaukonferenz des 15. Gauess hat es sich nicht so leicht gemacht, wie es der Artikelschreiber S. B. in Nr. 1 des Fachblattes meint, sondern hat sich eingehend mit Unterstützungseinrichtungen befaßt und ihren Beschluß nach reiflicher Ueberlegung der Situation des Fichtelgebirges angepaßt, welche keine Erhöhung der Beiträge zuläßt, da die Lohnverhältnisse auf ziemlich niedriger Stufe stehen. Ich komme nun auf die Krankenunterstützung zu sprechen. Wollen wir jedoch annehmen, diese Zuschußklasse würde eingeführt, so dürfen wir schon jetzt darauf gefaßt sein, daß wir schon nach dem zweiten oder dritten Jahre, trotz eines sehr hohen Ueberflusses, Beitragserhöhungen zu verzeichnen haben werden. Denn bis dato hat man ja noch nicht einmal eine vollständige Statistik abliefern können, infolge der Interesslosigkeit der Kollegen.

Nun möchte ich noch die Frage aufwerfen: Wie stellt sich eine solche Zuschußklasse zu den gesetzlichen Orts- oder Fabrikrentenkassen? Werden diese Kassen nicht sofort die Krankengelder reduzieren, sobald sie in Erfahrung bringen, daß, nachdem wir schon einer Hilfsklasse angehören, auch noch Krankenunterstützung vom Verbands erhalten, wir somit überversichert wären? Ich selbst stehe ja dieser Zuschußklasse nicht unsympathisch gegenüber, wenn sie in Wirklichkeit ein Bindemittel für die Organisation darstellen soll. Aber eins möchte ich dem Zentralvorstand sowie allen Kollegen zurufen, dem Verbands kein 1874 und 75 zu bereiten. Obwohl wir heute in andern Verhältnissen leben, so mag man diese Jahre doch im Auge behalten.

Schwarzenbach a. S.

S. Kleinauf.

Zu den neuen Unterstützungseinrichtungen sowie der Anstellung von besoldeten Gauleitern.

Zwei der brennendsten Punkte sind es, die den heurigen Verbandstag beschäftigen werden, nämlich die Einführung neuer Unterstützungseinrichtungen sowie die Anstellung besoldeter Gauleiter.

Obwohl nun der Artikelschreiber H. in Nr. 1 des neuen Jahrganges des Steinarbeiters früher in allen Vorschlägen der Zentralleitung der wörtliche Widerspruch war, versucht er doch diesmal für die Krankenunterstützung eine Länge zu brechen. Doch meine ich, regt sich diesmal der Widerspruch nur in bezug auf die Beschlässe der Schwarzenbacher Gaukonferenz, die ja auch nicht besonders wohlwollend von der Zentralleitung aufgenommen wurden. (Der H.-Artikelschreiber, der früher im Steinarbeiter so oft zum Worte kam, ist mit dem Verfasser der zwei Artikel zum Verbandstag nicht identisch. Redaktion.) Kollege S. erwähnt die Unlogik des Konferenzberichtes, die Protokolle der Kongresse zu lesen, er meint, es sei besser, auf die Statistik zu verweisen; ja, hat denn Kollege S. in dem betr. Bericht nicht gelesen, daß es zur Begründung des Antrags betreffs Ablehnung von allenfalls neu einzuführenden Unterstützungseinrichtungen wörtlich heißt, daß die bisher stattgefundenen statistischen Erhebungen innerhalb unfres Berufes uns lehren, daß dabei nichts Ersprießliches zu erreichen sei? Aber immer nur hübsch das eine gesagt, das andre weiß ja doch kein Mensch mehr. Es mag ja unangenehm sein, wenn man auf die Protokolle und Statistiken verweist!

Ich will nicht auch noch die Redaktion oder, besser gesagt, Zentralleitung (?) darauf aufmerksam machen, daß sie dem Schwarzenbacher Konferenzbericht verschiedenes ironisch beifügte, doch dünkt es mir sonderbar, daß die Zentralleitung sich nicht bewegen föhlt, ihr Richterföhnen auf dieser Konferenz auch nur mit einem Worte zu entschuldigen. Warum bringt man hier nicht diese so ominösen Einschaltungen? (Wenn solche Anmerkungen gemacht werden, so hat damit die Zentralleitung nicht das mindeste zu tun. Redaktion.)

Doch nun zurück zur Krankenunterstützung. Die Schwarzenbacher Konferenz rechnete nach dem Projekte Riegels, der eine Beitragshöhung von 30 Pfg. pro Woche vorschlug, welche Beitrags-erhöhung meiner Meinung nach aus leicht begreiflichen Gründen für den Verband eher schädlich als nützlich werden könnte. Wäre diese Vorlage des Zentralvorstandes eher gekommen, hätte die Konferenz diese zur Beratung ziehen können und das Fazit hätte schließlich ein anderes sein können, noch besser wäre es allerdings gewesen, wenn ein anwesendes Zentralvorstandsmitglied diese Vorlage mündlich hätte erläutern können.

Die Vorlage der Zentralleitung ist ja nach den Aufstellungen desselben recht gut lebensfähig, ob aber nicht auch Mißbrauch getrieben werden kann, ist eine andere Frage.

Wie Statistiken von Ärzten usw. behaupten, sind 80 Prozent der Steinarbeiter tatsächlich krank, obwohl diese Krankheiten nicht so weit vorgeschritten sind, um die Betroffenen arbeitsunfähig zu machen.

Nun möchte ich aber noch die Arbeitslosigkeit in Betracht ziehen; es waren im Jahre 1903/04 nach unsrer Statistik 52,8 Prozent der die Statistik abgegebene Kollegen arbeitslos. Von diesen 52,8 Prozent der Arbeitslosen sind doch selbstverständlich wieder 80 Prozent mit einer Krankheit behaftet, und ich möchte es doch keinem Kollegen verdenken, wenn er bei länger andauernder Arbeitslosigkeit sich mit Recht auf sein vorhandenes Leiden föhlt und sich krank meldet.

Es wird mich da entgegen gehalten werden, daß es sich mit der Kollegialität usw. nicht vertragen würde, derartige Machinationen zu treiben; aber wenn sich der Mensch infolge vielfacher Entbehrungen zum äußersten getrieben sieht, was tut er da nicht? Und hier eine durchgreifende Kontrolle auszuüben, ist fast unmöglich.

Dies wäre nun mein Bedenken im allgemeinen der Krankenunterstützung gegenüber, verschiedene andre Zweifel werde ich zu spezifizieren mir später noch erlauben. (Schwerwiegend sind diese Bedenken allerdings nicht. Redaktion.)

Von der Ermerbslosenunterstützung will ich vorerst ganz absehen. Diese besetzt hier an und für sich wenig Sympathie.

Ganz anders liegen dagegen die Verhältnisse in bezug auf Anstellung besoldeter Gauleiter, hier würde manchem dringenden Bedürfnis abgeholfen werden und dem Verband eine große Masse indifferenten Arbeiter zugeführt, was bei unsrer Anzahl von Mitgliedern im Verhältnis zu den unorganisierten Steinarbeitern gewiß von großem Nutzen wäre.

Selbstverständlich wäre zu berücksichtigen, daß bei der Wahl von besoldeten Gauleitern nur die bekannt besten agitatorischen Kräfte in Betracht zu ziehen wären und dieselben dann einen entsprechenden Wirkungsfreis, in dem sie ihr agitatorisches Können ins rechte Licht setzen könnten, zugeteilt erhalten müßten.

Wenn nun diese Gauleiter dann nach dem System unsres Kollegen Mittenmeier arbeiten würden, welcher nach seinem Bericht ein sehr günstiges Resultat erzielte, dann wäre eine gewaltige Kräftigung unsres Verbandes zu erwarten und der Verband wäre dann auch eher in der Lage, Unterstützungsanstalten einzuföhren, weil diese Gauleiter die Kollegen besser auf den Wert einer genauen Statistik aufmerksam machen und auch mit Energie auf die vollzählige Einlieferung der Statistik dringen könnten. Manche andre Mißstände würden außerdem in den einzelnen Zahlstellen verschwinden, denn man staunt, daß es noch Zahlstellen gibt, die ein volles Jahr keine Abrechnung einreichen.

Mag nun der Verbandstag beschließen was er will, über diese Tatsache wird er sich nicht hinwegsehen können, daß unser Verband noch einer zu großen Anzahl von indifferenten Arbeitern gegenüber steht und daß mit aller Energie dahin getrebt werden muß, diese Zahl zu verringern und sie dem Steinarbeiterverband zuzuföhren, und dann können bei genügendem statistischen Material neue Unterstützungsanstalten innerhalb unsres Verbandes eingeföhrt werden.

Pilgram-Reuth. Joh. Wirsing.

Gaukonferenz des 9. Gaues zu Mainz am 7. Januar 1905.

Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden der Zahlstelle Mainz eröffnet dieser die Konferenz mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung; 2. Organisation, Agitation, Presse; 3. Tarife und Taktik bei Lohnbewegungen; 4. Unterstützungsanstalten. Als Vorsitzender wird Kollege Andr. Unglaube-Mainz, als Schriftführer Kollege S. Carholz-Wiesbaden gewählt. Es sind 21 Delegierte aus 15 Zahlstellen anwesend, Marburg ist nicht vertreten, Trier vertritt der Gauleiter. Von der Gauleitung sind der Gauleiter Kollege Adolf Herrmann und Gauassistent Kollege Häppler aus Frankfurt a. M., von der Zentralleitung ist Kollege Starke, Vorsitzender, erschienen.

Es erhält nun unser Gauleiter, Kollege Adolf Herrmann, das Wort zum Gaubericht, bestehend in folgendem: Bei Ueberrahme der Gauleitung am 11. April 1905 waren folgende Zahlstellen vorhanden: Aschaffenburg, Erbach im Odenwald, Fehrbach, Miltenberg, Reichenbach, Sedmauern, Wörth-Trennfurt, Frankfurt a. M., Marburg, Offenbach, Reinheim, Wiesbaden, Mainz und Obermörlen.

Auf Beschluß der Geschäftsleitung wurde am 1. Juni das Maintal mit den Zahlstellen Aschaffenburg, Erbach, Wörth-Trennfurt, Sedmauern, Miltenberg, Fehrbach und Reichenbach mit insgesamt 183 Mitgliedern dem Würzburger Gau zugeteilt.

Neugegründet wurden folgende Zahlstellen: Willmar (a. d. Lahn, Wehlar, Birges im Westerwald, Oberhausen, Lichtenberg, Höchst a. M., Kirn a. d. Nahe, Trier a. d. Mosel, Gießen und Darmstadt.

Schriftlich und mündlich wurden die Orte Bodenau bei Kreuznach, Gelnhausen, Diez a. d. Lahn, Klein-Steinheim und andre bearbeitet.

Insgesamt wurden seitens der Gauleitung 89. Versammlungen mit Referenten abgehalten (einschließlich der Agitationstouren für den Mannheimer, Düsseldorf und Würzburger Gau).

Seit 11. April wurden 21 Pakete Flugblätter versandt. Ausgegangen Briefe seitens der Gauleitung seit 11. April 659, Telegramme 8.

Eingegangen sind 489 Briefe, Postkarten und Drucksachen, sowie 11 Telegramme. Am 1. Juli wurden innerhalb des Gaues Kontrollkarten eingeföhrt, die sich gut bewährt haben.

Wegen Uebertretungen der Bundesratsverordnung bezgl. Gewerbeordnung wurde mit den Gewerbeinspektionen zu Frankfurt a. M., Offenbach, Mainz, Wiesbaden, Limburg, Fulda, Kassel, Gießen, Würzburg, Darmstadt, Trier und Koblenz in vielen Uebertretungsfällen Anzeige erstattet und um Abstellung der Mißstände ersucht. In den meisten Fällen wurden die größten Mißstände abgestellt.

An Behörden, Stadtverwaltungen usw. wurden 8 Eingaben gemacht, 2 mit Erfolg, 1 ohne Erfolg.

In den Zahlstellen des Gaues sind beschäftigt insgesamt 1317 Kollegen. Davon organisiert 685.

An die Geschäftsleitung wurden von den Zahlstellen des Gaues ca. 8000 M. abgeschickt. Eingetreten sind 590 Kollegen.

Von den 17 Zahlstellen gehören 13 zur ersten, 2 zur zweiten und 2 zur dritten Beitragsklasse. 3 Zahlstellen erheben über die festgesetzten Wochenbeiträge; Frankfurt a. M. und Wiesbaden je 50 Pfg. Wochenbeitrag und Mainz 45 Pfg.

Nur in 3 Zahlstellen besteht ein Tarif mit den Unternehmern. In 4 Zahlstellen nur teilweise.

In 6 Zahlstellen sind die Arbeitgeber im Arbeitgeberverband. Lohnbewegungen fanden 5 statt, und zwar in Marburg, Wiesbaden, Naheim, Reinheim und Friedberg. In den Orten Wiesbaden und Reinheim wurde ein Tarif mit den Meistern abgeschlossen. Auch in Marburg verpflichteten sich sämtliche Meister durch Unterschrift, den Lohn auf 43 und 45 Pfg. pro Stunde zu erhöhen. Den Kollegen in Naheim wurde ebenfalls der Stundenlohn aufgebessert.

In Friedberg war mit den Meistern keine Einigung zu erzielen und wurde deshalb die Sperre über die Plätze Boll und Damm verhängt.

Da die Mannheimer Gauleitung mit Agitationstouren überall in der Pfalz in Anspruch genommen war, wurde die Frankfurter Gauleitung ersucht, die Agitation dort zu betreiben. Es gelang der Gauleitung, die Zahlstellen Reichenbach, Schönberg mit Elmshausen, Lindenfels, Zwingenberg, Birkenau und Nimbach zu gründen mit weit über 400 Mitgliedern. (Ueber die derzeitige Aussperrung sind die Kollegen ja eingehend unterrichtet.) Die vorgenannten Zahlstellen gehören zum Mannheimer Gau.

Zu einer Weihnachtsbescherung für die ausgesperrten Kollegen im Odenwald wurden Sammellisten im Gau ausgegeben. In acht Tagen waren ca. 350 M. eingegangen. Es ist dies ein Beweis für die Opferwilligkeit der Kollegen.

Kassenbericht: Einnahme 1100 M., Gaubeiträge 48,55 M., Summa 1148,55 M. Bilanz: Gesamteinnahme 1148,55 M., Ausgabe 1162,01 M., bleiben 13,46 M. zugunsten der Gaukasse. Die Gauleitung hat getan was in ihren Kräften stand.

Es sind erhebliche Fortschritte zu verzeichnen dank der Tätigkeit der Gauleitung, der durch die Christlichen oft erhebliche Schwierigkeiten bereitet werden im Main- und Lahntal (Wilmars). Es wurden in der Diskussion die Verdienste der Gauleitung an der Ausbreitung unsres Verbandes allgemein anerkannt. Nur Kollege Aug. Herrmann von Frankfurt a. M. ließ sozusagen kein gutes Haar an der Gauleitung, er bemängelte unter lebhaftem Widerspruch der Delegierten fast alles und ließ in seinen, von persönlichen Angriffen stark durchsetzten Ausführungen durchblicken, daß er es besser gemacht hätte — wenn die Gauleitung in seinen Händen gewesen wäre. Durch Vorstehendes wurden die beiden Vertreter des Gauvorstandes naturgemäß gezwungen, die Angriffe und Verbädigungen zurückzuweisen, was ihnen nicht schwer wird. Die Ausführungen dieses Redners waren ganz ungehörig. Auch Delegierte weisen die Angriffe zurück.

Auch Kollege Starke greift in die Diskussion ein, rügt die persönliche Anfeindung gegen die Gauleitung und spricht ihr für die Errungenschaften und gute Verwendung der Agitationsgelder seinen Dank aus. Auf die Aussperrung im Odenwald eingehend, bemerkt Redner, daß durch die Proletarisierung der dortigen Gegend die Herren Kreuzer u. Böhringer, nicht wir den Sozialismus dorthin gebracht hätten; und der hätte sich dort jetzt eingefressen und wäre so bald nicht wieder herauszubringen. Für die außerordentliche Ausbreitung unsres Verbandes und dessen Leistungsfähigkeit im letzten Jahre spricht, daß in diesem 44 Streiks mit einem Kostenaufwand von über 10000 M. geführt wurden und trotzdem ein erledliches Gummünden erübrigt und dem Kassenbestande zugefügt werden konnte, unser Kampffonds also zugenommen hat.

Nach diesen längeren, lehrreichen, mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen spricht sich die Diskussion weiter und werden hauptsächlich die Punkte: besoldete Gauleiter, das Verhalten der Christlichen, sowie die Aussperrung im Odenwald berührt.

Am Nachmittag waren viel Mainzer Kollegen anwesend, die die weiteren Verhandlungen mit Interesse verfolgten.

Zu Punkt 2: Organisation, Agitation und Presse referierte in äußerst spannender Weise Kollege Häppler von Frankfurt. Zur Zentralisierung der Krankenunterstützung rate er nicht. Zur Agitation übergehend, warnt er vor Agitation durch Drohungen, gute Worte richteten mehr aus. In Werkstättenversammlungen, wo jedoch wie überall persönliche Streitereien wegbleiben müßten, sei viel zu erreichen, ebenso durch Vorlesen von Zeitungsartikeln sowie Erklärung der Bundesratsverordnung in den Arbeitspausen. Die Solidarität bei Krankheits- und Sterbefällen empfehle, zeigt Redner, wie wir durch Aufklären und Anerkennen der Frauen als gleichberechtigte Faktoren und diese zu treuen Mitkämpferinnen für unsre Sache erziehen sollen. Als Beispiel führt er die Teilnahme der Frauen an den Versammlungen im Odenwald an. Die Erhöhung der Gausteuer empfehle er nach Proponenten, denn je mehr Geld zur Verfügung, desto umfangreicher könne die Agitation mit Erfolg betrieben werden. Besoldete Gauleiter müßten, weil unabhängig, noch angestellt werden. Unsere Presse sei möglichst weiter auszubauen, um als Agitationsmittel noch mehr wie früher zu dienen.

Kollege Starke bespricht die verschiedenen durch den Referenten angeführten Anträge und erklärt, warum wir noch besoldete Gauleiter haben müssen. Ueber die Art der Agitation seien die Ansichten oft verschieden, die Eigentümlichkeit der Gegend sei dabei immer in Betracht zu ziehen. Ebenso die Zeit des Eindringens in unorganisierte Gegenden sei richtig zu wählen und eine krampfhaftige Agitation, um jeden Preis Zahlstellen zu gründen, verlos, weil diese doch für gewöhnlich wieder eingehen. Die Zentralisierung der Krankenunterstützung als Agitationsmittel könne wohl in manchen Gegenden von Wert sein, doch dürfe man sich damit nicht befleißigen, obwohl die Guts- und Dunderischen Gewerkschaften nur noch durch ihre Unterstützungsanstalten weiterbestehen könnten, und uns der Kampfscharakter, wie viele der Meinung seien, dadurch nicht verloren ginge; er äußerte aber auch Bedenken gegen die Krankenunterstützung. Weiter erklärt er noch das Verhalten bei Ansprüchen auf Nachschuß und bei Aufregungsunterstützung.

Da die Diskussion unwillkürlich auf Punkt 4, Unterstützungsanstalten hinübergreift, wird beantragt, ihn mit Punkt 2 weiterzubearbeiten, was angenommen wird.

Weiter wird noch über Erweiterung der Presse, Einschränkungen des Alkoholgenußes, sowie über das Submissionswesen mit seinen Schäden für die Arbeiter gesprochen.

Nachdem noch Erfahrungen über das Gewinnen und Erhalten von Mitgliedern durch regelmäßiges Abholen der Beiträge, Verbreitung des Steinarbeiters und die dabei zu betreibende Hausagitation zur Nachahmung empfohlen werden, erwähnt der Gauleiter noch zum weiteren Ausbau der Unterstützungsanstalten die Erstattung der Kosten für notwendige ärztliche Gutachten. Auch des Arbeitsnachweises, ein bisher viel zu wenig beachtetes Feld, müßten sich die Gewerkschaften bemächtigen.

Der Antrag Wiesbaden, Erhöhung der Gausteuer auf 6, 7 und 8 Pfg., je nach Höhe der Beitragsklasse, wird abgelehnt; Antrag Trier, neugegründete Zahlstellen sind im 1. Halbjahr von der Gausteuer befreit, wird angenommen. Zentralisierung der Krankenunterstützung, eventuell mit 20 Pfg. Beitragshöhung, Antrag Kirn, wird der Gauleitung überwiesen. (?)

8. Tarife und Taktik bei Lohnbewegungen. Ref. Gauleiter Adolf Herrmann bespricht die Entwicklung der modernen Architektur und ihren Einfluß auf bestehende Tarife. Rechtzeitige Anmeldung von Lohnbewegungen sei unerlässlich, weil von den Zahlstellen des Gaues erfolgt. Den abgeschlossenen Tarif und Arbeitsvertrag Wiesbadens, hauptsächlich dessen Schlußbestimmungen hervorhebend, befürwortet er, mit dem Konferenzbericht zu veröffentlichen. (Ja wenn wir nur genügend Raum hätten. Redaktion.) Auch gibt er noch seine Erfahrungen bei den Bewegungen in Reinheim, Friedberg und Marburg zur

Kenntnis. In Marburg blieben die Christlichen im entscheidenden Moment im Hintergrund, wie gewöhnlich, es wollten aber auch die Unternehmer dort nicht mit ihnen verhandeln. Wo das Abschaffen der Akkorarbeit nicht möglich sei, suche man vorteilhafte Tarife abzuschließen. Bei Ausnahmefällen könne wohl die Zentralleitung auch einen Streit ohne zweimonatliche Anmeldefrist genehmigen.

Starke gibt uns zu diesem Punkt aus seinen reichen Erfahrungen noch verschiedene Winke und Aufklärungen. Vor allem verwirft er die Ansicht, daß Tarifverträge Friedensverträge seien, weil es die Unternehmer oft verlockt, zu gegebener Zeit die Tarife zu durchbrechen. Weiter erwähnt er den Unterschied in der Taktik bei Angriffen- und Abwehrstreiks und warnt vor Inszenierung planloser Streiks. Angriffstreiks seien unbedingt statutengemäß anzumelden, bei Abwehr sei dies natürlich nicht möglich. Vielfach würden schwer errungene Vorteile durch die Kollegen selbst wieder preisgegeben.

Daß die Taktik nicht überall gleich sein könnte, zeigt er an der Lage im Odenwald, wo ganz anders verfahren werden müsse wie in einer alten, kampferprobten und gut disziplinierten Zahlstelle.

Weiter wird der Antrag Wiesbaden, Einführung von Mitgliedskarten im 1. Jahr der Verbandszugehörigkeit, angenommen.

Der Gauleiter bespricht dann zum Schluß die Ergebnisse der Konferenz. Wenn auch der Anfang durch das Persönliche gelitten, so sei doch die Debatte über die letzten Punkte sehr anregend und sachlich gewesen. Er empfiehlt den Kollegen, das hier Gewonnene praktisch zu verwerten und rüstig weiter zu arbeiten an der Ausbreitung unsres Verbandes zum allgemeinen Wohl der Steinarbeiter. Mit begeistert aufgenommenem dreimaligen Hoch auf unsern Verband schließt der Vorsitzende abends um 8 1/2 Uhr. Hermann Carholz, Schriftführer.

Bericht der Gaukonferenz des 14. Gaues (Vorort Würzburg).

Die Konferenz fand am 6. und 7. Januar in Würzburg statt. Kollege Breunig-Würzburg wurde als erster Vorsitzender, als zweiter Hub-Reichenhausen, als Schriftführer Mauerer und Fischer-Grünfeld gewählt. Vertreten waren 20 Orte durch 37 Delegierte, sowie vom Zentralvorstand Paul Starke.

Tagesordnung: 1. Bericht des Gauleiters über seine bisherige Tätigkeit; 2. Agitation und Beschlußfassung über Aufstellung von Bezirksvertrauensleuten; 3. Organisation und Regelung der Beitragsleistung und Einführung von Kontrollkarten; 4. Gaubeitrag; 5. Anträge zum nächsten Verbandstag.

Zum 1. Punkt gab Gauleiter Mittenmeier einen längeren Bericht über seine bisherige Tätigkeit, welche in Nr. 1 des Steinarbeiters bekannt gegeben war. Zentralvorstand Starke führte an, daß sich die Anstellung eines besoldeten Gauleiters bewährt habe und daß man mit dieser praktischen Einführung die Erfahrung gemacht habe, auf dem nächsten Verbandstag wahrscheinlich noch 2 bis 3 besoldete Gauleiter anzustellen. Zum 2. Punkt: Anstellung von Bezirksvertrauensleuten, wurde von allen Rednern befürwortet, diese praktische Einführung zu unterstützen. Der Antrag, daß der Gauleiter Bezirksvertrauensleute einzusetzen hat, wo er sie für notwendig hält, wurde angenommen. Punkt 3: Organisation und Regelung der Beitragsleistung und Einführung von Kontrollkarten. 1. Es wurde beschlossen, daß von nun an auf jedem Platz Platzvertreter zu wählen sind, welche zu bestimmter Zeit sich zusammenfinden, um die Organisationsverhältnisse auf jedem Werkplatz zu beraten, ferner sollen alle Vierteljahre Distriktsversammlungen stattfinden, um ein besseres Zusammenwirken zu erzielen. Weiter wurde beschlossen obligatorische Einführung von Kontrollkarten für die geleisteten Beiträge. Ferner wurde beschlossen: Von sämtlichen Zahlstellen des 14. Gaues sind pro verkaufter Beitragsmarkte 2 Pfg. Gaubeitrag an die Gaukasse alle Vierteljahre pünktlich abzuliefern. Um dem Gauleiter eine genaue Kontrolle zu ermöglichen, haben ihm alle Zahlstellen eine Abschrift über Einnahmen und Ausgaben auszuhandigen. Ueber die Verwendung der Gelder hat eine sechsgliedrige Kommission am Vorort zu bestimmen. Die Gelder sind für mündliche, sowie für schriftliche Agitation, für außergewöhnliche Unterstützungen, zur Verteilung mündlicher Broschüren in den Zahlstellen, zur Anschaffung einer Leihbibliothek am Vorort, zur Ausbildung von Referenten und zur einheitlichen Beschädigung aller notwendigen Konferenzen zu verwenden. Die Beschädigung der Gaukonferenzen soll so geregelt werden, daß auf je 50 organisierte Mitglieder im Gau ein Delegierter entfällt, dessen Fahrt per Bahn und Post sowie Nachtquartier von der Gaukasse zu bezahlen ist. Ferner wurde der Antrag angenommen, daß die sechsgliedrige Kommission aus den drei Zahlstellen Würzburg, Heitingsfeld und Randesacker zusammengesetzt wird. Der Beitrag für die Gaukasse tritt am 1. April 1906 in Kraft.

Punkt 5: Anträge zum Verbandstag. 1. Da es sich sehr erschwert bei Aufnahme neuer Mitglieder, wenn sofort die Zeitungs- und Delegiertenmarken zu haben sind, so ist auf alle Fälle eine Zeit festzusetzen für solche Kollegen, welche erst kurz vor Schluß des ersten oder zweiten Halbjahres in den Verband treten. 2. Die Lobesanzeigen sind in unserm Fachblatt gleich dem Grundstein der Mauerer und anderer Gewerkschaftsblätter in kleinem Druck zu veröffentlichen. 3. Verunglückt ein Kollege bei einer Agitationsreise, so hat der Zentralausschuß eine einmalige Unterstützungsleistung zu gewähren, deren Höhe der Verbandstag festzusetzen hat. 4. Daß künftig alle in Steinbrüchen und Werkstätten beschäftigten Arbeiter, ob Steinmetz, Steinbrecher, Räumer oder Transporteur in unserm Verband als Mitglieder aufzunehmen sind. 5. Sämtliche Unterstützungen, was Krankens- und Sterbefälle anbelangt, sind gänzlich vom Verband fernzuhalten. 6. Maßregelungsunterstützung soll vom ersten Tage an auf die Dauer von 8 Wochen in Höhe der Streikunterstützung gewährt werden. 7. Die Reiseunterstützung soll im vollen Maße beibehalten werden. 8. Umzugskosten werden gewährt, wenn solche durch Maßregelung nötig geworden, und ist die Höhe von Fall zu Fall vom Zentralausschuß zu bestimmen. 9. Es ist für das Muschelkalkgebiet eine eigene Statistik aufzustellen. 10. Der nächste Verbandstag möchte den Versuch machen, in den Zahlstellen zwei Beitragsklassen zur Geltung kommen zu lassen und den jüngeren Kollegen, welche weniger verdienen, den Beitritt zum Verband zu erleichtern. 11. Bei § 5 Abs. 2 des Streikreglements muß es heißen, die Zahlstelle muß ein Jahr bestehen. 12. Eine Vergrößerung des Fachorgans soll stattfinden. 13. Den Gauleiter auf ein weiteres Jahr als besoldeten Gauleiter anzustellen und diesem Beispiel in andern Gauen, wo die Statistik vorliegt, auch zu folgen.

Nach Annahme dieser Anträge wurde die Konferenz geschlossen.

Vorschläge der Kandidaten zur General-Versammlung.

Da nun die Wahlkreiserteilung endgültig festgelegt ist, so erwacht den einzelnen Kreisen die Pflicht, unverzüglich die Aufstellung der Kandidaten vorzunehmen und die Namen derselben dem Zentralvorstand bis zum 3. Februar zu unterbreiten. Später als am vorgenannten Termin eingehende Vorschläge bleiben unbedingt unberücksichtigt. Die Namen der Kandidaten werden dann in der Nummer des Steinarbeiters veröffentlicht, die am 10. Februar zu erscheinen hat.

Jeder Delegierte erhält nach der vollzogenen Wahl ein Mandat zugestellt; wir machen aber schon jetzt darauf aufmerksam, daß die Delegierten zur Generalversammlung ihre Mitgliedsbücher und Statistiken mitzubringen haben.

Ebenso müssen die Anträge zum Verbandstage dem Vorstande bis zum 3. Februar übermittelt sein. Die gestellten Anträge sind auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben.

Wir machen also nochmals darauf aufmerksam, die Delegierten rechtzeitig vorzuschlagen, desgleichen die gestellten Anträge frühzeitig genug einzulenden.
Die Wahlprotokolle liegen dieser Steinarbeiter-Versammlung bei und sind dieselben sofort an die Vertrauensleute abzugeben.
Der Zentralvorstand.

Korrespondenzen.

(Berichte über wichtige Versammlungsabende und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Zeitungs für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Bonn. Nach einer Pause von einigen Jahren fand hier am 14. Januar im Restaurant zum großen Kurfürsten eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Von sämtlichen hiesigen Kollegen waren nur vier nicht anwesend. Der Einberufer dieser Versammlung hatte die ernste Absicht, die hiesigen Kollegen zu veranlassen, sich der Organisation anzuschließen, um bessere Löhne zu erzielen, welchem Wunsche auch die Kollegen nachstimmten. Als Referenten waren gleich drei Personen vom christlichen Maurer-Verband anwesend, welche natürlich, um die hiesigen Kollegen an sich zu reißen, heftig gegen die freien Gewerkschaften sprachen. Es wurde ein brillantes Schauspiel allen Anwesenden geboten, denn einer der edlen Christlichen hat es fertig gebracht, eine Art von Ketzerschismus aus der Tasche zu ziehen, und fing an, vom Jesu-Kindlein zu predigen. Auch ist noch zu erwähnen, daß sich plötzlich die Tür öffnete und zum Erstaunen der Anwesenden ein katholischer Geistlicher eintrat, welcher sich aber genötigt sah, das Lokal zu verlassen. Aber das Ende vom Liede war, daß den Christlichen alles scheiterte, als Kollege Kraß einige Fragen an einen der Referenten richtete, konnte er dieselben nicht beantworten. Kollege Baier legte in klaren Worten den Unterschied zwischen der christlichen Organisation und der freien Gewerkschaft dar. Die Christlichen gaben jedem der Kollegen einen Aufnahmeheschein mit den Worten: Unterschreibt Euch und dann ist alles gut. Kollege Kömer trat dieser liebevollen Handlung mit wenigen, aber sehr wirkungsvollen Worten entgegen. Neun Zehntel der Kollegen, welche der Versammlung beiwohnten, erklärten sich dann bereit, der Organisation der Steinarbeiter beizutreten. Den hiesigen Kollegen war überdies noch nicht bekannt, daß für die Steinarbeiter eine christliche Berufsorganisation überhaupt vorhanden ist. Bekanntlich sind dort die Steinarbeiter Mitglieder des Hilfsarbeiterverbandes. Wenn die Christlichen denken, in Bonn gehen die Steinmehnen auf den Leim, um dem Hilfsarbeiterverbande beizutreten, so sind sie stark auf dem Holzwege. Wir wissen, daß diese Organisation nur dort Mitglieder ergattert will, wo unsere Kollegen im Streik stehen oder ausgesperrt sind. Der schönste Beweis hierfür bietet die Agitation der Christlichen im Oberwald, wo sie uns in den Rücken fallen wollen. Kollegen von Bonn, in der nächsten Zeit findet hier eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt, um die Gründung einer Zählstelle vorzunehmen zu können.

Brandenburg a. S. Die am 15. Januar stattgefundene, von allen Kollegen besuchte Versammlung nahm zuerst den Jahres- und Quartals-Rassenbericht entgegen. Beide zeigten erfreuliche Resultate und fanden die Revisoren alles in bester Ordnung. Sodann nahm man Stellung zum Verbandstage und es wurde die Wahlkreiseinteilung insofern bemängelt, daß es doch eigentlich nicht recht ist, daß wir Brandenburgern dem Wahlkreis der Nordante zugeteilt sind. Da nun wegen der Weihnachtzeit wohl kaum Versammlungen in unserm Wahlkreise gehalten sind, ist es auch erklärlich, daß kein Protest hiergegen bei der Geschäftsleitung eingegangen ist und die endgültige Bekanntgabe der Wahlkreiseinteilung von der letzteren schon in Nummer 2 des Steinarbeiters veröffentlicht werden konnte. Alsdann wurde zur Kandidatenfrage geschritten. Bis jetzt ist von keiner Zählstelle unseres Wahlkreises versucht worden, mit uns in dieser Angelegenheit Fühlung zu nehmen, deshalb sieht sich Brandenburg veranlaßt, dies wiederum zu tun und den Zählstellen einen Kandidaten vorzuschlagen. Zu den Unterstützungseinrichtungen, welche den Verbandstag beschäftigen werden, nahm die Versammlung folgende Stellung ein: Die Erwerbslosenunterstützung ist zu verwerfen, da der Beitrag mit den Leistungen nicht im Einklang steht. Der Kranken- und Sterbeunterstützung stimmt die Versammlung zu, jedoch ist man allgemein der Meinung, daß eine neue Unterstützungseinrichtung geschaffen wird, erst die Reiseunterstützung auszubauen ist.

Friedenbach. Am 14. Januar tagte im Gasthaus zum bahrischen Hof unsere übliche Mitglieder-Versammlung, die diesmal sehr gut besucht war. Im 1. Punkt der Tagesordnung wurde eine Geschäftsordnung angenommen, die vom Kollegen Dösch ausgearbeitet war und bis auf einen Punkt, der eine Abänderung erhielt, vollen Beifall fand. Als 2. Punkt wurde die Abrechnung vom 4. Quartal verlesen. Dieselbe wurde von den Revisoren für richtig befunden und wurde dem Kassierer für seine gute Buchführung Dank gesagt. Hieran anschließend wurde ein Antrag des Kollegen Schnellbach, bis 1. Februar 1906 70 Mark auf der Sparkasse zu Stadtprozelten zu deponieren, angenommen. Hierauf wurde die Wahl der Verwaltung vorgenommen und die alte Verwaltung wiedergewählt, nämlich: 1. Vorsitzender Joseph Klingenberg, Kassierer Gerhard Wolf, Revisoren Joseph Ulrich und Joseph Köhler. — Am 16. Januar tagte nochmals eine Versammlung und wurden hierbei die übrigen Punkte erledigt. Zuerst wurde Kollege Heinrich Dösch als Bezirksvertrauensmann gewählt, dann erkrankte Kollege Klingenberg Bericht von der Gaukonferenz in Würzburg. Nachdem Kollege Zeuner nochmals aufforderte, die Versammlungen pünktlich zu besuchen und unsere Fachpresse fleißig zu studieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Kasselerlauern. Am 14. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, fand im Lokal zur Burg unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal und daran anschließend die Jahresabrechnung. Die Gesamteinnahme bis zum 1. Januar 1906 betrug 2170.71 Mark, die Ausgabe 2062.78 Mark; demnach bleibt ein Kassenbestand von 107.93 Mark. Der Kassierer erklärte ausführlich die einzelnen Posten und bedauert, daß mehrere Kollegen in erheblichem Rückstande mit den Beiträgen sind, und so der Zentral- wie Lokalasse einen empfindlichen Schaden zufügen. Nachdem der Vorsitzende im Jahresbericht noch verschiedene Punkte erklärt hatte, wurde den drei Verwaltungsbeamten für ihre vorjährige Tätigkeit eine Gratifikation von je 10 Mark überreicht.

Mühlhausen (Thür.). Am 9. Januar fand hier im Gewerkschaftshaus unsere Monatsversammlung statt. Nach Bekanntgabe des Kartellberichts gab der frühere Vorsitzende den Jahresbericht vom vergangenen Jahre. Im Durchschnitt waren im Laufe des Jahres 60 Kollegen beschäftigt. Neu aufgenommen wurden fünf Mann. Die Agitation wurde mit Erfolg betrieben in Langensalza, Oberdorla und Uder. Langensalza wurde im Juni vorigen Jahres Zählstelle, Oberdorla schon im November 1904, Uder wurde mit Hilfe der Eichfelder Kollegen bearbeitet. Die dortigen Steinarbeiter schlossen sich der Zählstelle Reiffenhausen an. Sodann gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal, sowie die Jahresabrechnung bekannt. Die Gesamteinnahme betrug 1850.53 Mark, die Ausgabe 1285.72 Mk., verbleibt somit ein Kassenbestand von 564.81 Mk. Sodann ging man zum 4. Punkt: Tarifangelegenheiten über. Es wurde den Kollegen anheim gegeben, diesen Punkt wohl zu überlegen, und ob man überhaupt gesonnen sei, den Tarif zu kündigen. Es ist dies ein heißer Punkt, wo man eventuell auf einen Kampf gefaßt sein muß. Nachdem nun Bedenken und Wünsche vorgebracht wurden, kam man zu dem Entschlusse, daß in Anbetracht der stetig im Preise steigenden Lebensmittel und Miete, und des noch drohenden Zolltarifs es notwendig ist, bessere Löhne zu erzielen, um auch bei der schweren und gesundheitschädlichen Arbeit dem Körper die nötige kräftige

Nahrung zuführen zu können, damit das so schon knapp bemessene Lebensalter der Steinarbeiter nicht noch durch Entkräftung verkürzt wird. Die geheime Abstimmung ergab ein einstimmiges Ja, daß der Tarif gekündigt werden soll. Das Einführen der Rechenstunde wurde bis auf weiteres vertagt. Die Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz fiel auf Kollegen Düring. Hierauf nahm man Stellung zum Verbandstag. Unter Punkt Presse hob man hervor, daß dieselbe in ihrer jetzigen Gestalt gut ausgebaut sei, aber vergrößert werden müsse. Als Agitationsmittel komme sie in erster Linie in Betracht. Bei Anstellung von besoldeten Gauleitern sollen keine Mittel geschert werden, da nach Jahren die Früchte nicht ausbleiben könnten, wie uns die Erfahrung schon lehrt. In den dunkelsten Ecken, nicht wo die Mitglieder schon gewonnen sind, sollen Gauleiter angestellt werden. Bei Streit- und Tarifwesen kam man zu dem Entschlusse, die Tarife möglichst einheitlich zu gestalten und Progenie darauf zu schlagen, weil äußerst komplizierte Tarife sehr umständlich erscheinen und viel Schwierigkeiten bereiten. Zu den Unterstützungseinrichtungen sei erwähnt, daß die Reiseunterstützung schon von der alten Junst her existiert, wenn auch in einer andern Form. Die Krankenunterstützung soll eingeführt werden, aber dann auch eine Arbeitslosenunterstützung. Unterstützungseinrichtungen werden als ein gutes Agitationsmittel angesehen. Jedoch erscheint uns ein Beitrag von 20 Pfg. pro Woche zu hoch, da wir schon ein hohes Kranken- und Invalidengeld zu bezahlen haben.

Osnabrück. Am 7. Januar fand in unserm Verbandslokal, Bischoffstraße 14, unsere übliche Monatsversammlung statt, welche schlecht besucht war. Zuerst erstattete der Vorsitzende Bericht von der Bauarbeiter-Kontrollkommission. Es seien bei der Winterkontrolle drei Werkplätze der Steinarbeiter revidiert und hauptsächlich die traurigen Zustände auf dem Werkplatze L. Steinhauer, Bischoffstraße, kritisiert worden. Auf Platz Linnemann wird zurzeit gebaut, weshalb noch nicht zu ersehen ist, welche unvorschriftsmäßigen Zustände noch bleiben werden. Nur eines mußte konstatiert werden, daß eine Arbeitsbude für Sandsteinarbeiter der Bundesratsverordnung entsprechend nicht gebaut wird. Zum Verbandstage wurden nach genügender Diskussion folgende Anträge formuliert und dem Vorstande überandt: 1. Die Beiträge so zu regeln, daß die niedrigste Klasse 35 Pfg., die zweite 45 Pfg., die erste 60 Pfg. Beitrag entrichtet. Zählstellen, wo 60 Pfg. die Stunde und mehr verbient wird, haben 60 Pfg. Beitrag zu zahlen. 2. Der Verbandstag wolle die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beschließen. 3. Für jede erwerbslose Woche einen Beitrag von 25 Pfg. zu erheben, wofür 25-Pfennig-Marken zu kleben sind. 4. Den Gau mit den vielen Bruchdistrikten und den noch allzu vielen Indifferenten mit einer besoldeten Kraft zu berücksichtigen. Auch wurde der Kollege C. Maus-Bremen zum Delegierten des 26. Wahlkreises vorgeschlagen. Im Punkt Verschiedenes wurde vom Vorsitzenden angeregt, den örtlichen Fonds bei der Sparkasse anzulegen. Es wurde der Anregung zugestimmt und beantragt, 50 Mark sofort bei der Sparkasse Osnabrück zu hinterlegen.

Springe. Am Sonntag, 14. Januar, fand in dem Lokal von Specht in Altenhagen eine gut besuchte Steinarbeiter-Versammlung von Springe und Altenhagen statt. Da unser Tarif seit acht Jahren nicht verbessert worden ist, wurde in einer vorübergehenden Versammlung beschlossen, denselben zu kündigen. Den Hauptpunkt dieser Versammlung bildete die Durchberatung des neu ausgearbeiteten Tarifs. Bis auf einige Punkte, welche noch besondere Berücksichtigung finden müssen, wurde der Tarif gutgeheißen. Gauleiter Maus-Bremen, der anwesend war, hat uns in verschiedenen Punkten noch belehrt. Kollege Maus führte die Gründe an, warum in diesem Gau mit der Agitation ganz anders eingeseht werden muß. Die mündliche Agitation kann bloß Sonntags ausgeübt werden, und dies sei ein Fehler. Dem 6. Gau wird die nötige Aufmerksamkeit vom Zentralvorstand nicht zuteil, wie es hier verlangt wird. Am Deister und Süntel wird sehr viel Arbeit für die Großstädte angefertigt. In der Umgegend von Osnabrück gibt es 750 Steinarbeiter, wovon erst 28 organisiert sind. Und erst in der Gegend von Holzminden, wo von 1000 Einwohnern 56 unserm Beruf angehören, dort ist erst eine Zählstelle vorhanden. Diese Zahlen beweisen deutlich, daß ebenso gut wie in Sachsen ein angestellter Gauleiter fehlt. Es wurde ein Antrag verlesen und einstimmig angenommen, daß im 6. Gau eine geeignete Person angestellt werden muß. Sporleder-Osterwald stellt den Antrag, daß die Reisefarten von den Zählstellen auszugeben sind und nicht wie bisher vom Zentralvorstand. Nachdem er den Antrag begründet, wurde auch dieser angenommen. Die Versammlung ist gegen Arbeitslosenunterstützung, aus dem einfachen Grunde, weil diese Einrichtung hauptsächlich bloß den Kollegen in der Stadt zugute kommt. In den Brüchen ist meistens Beschäftigung. Als Delegierter wurde Kollege Sporleder-Osterwald vorgeschlagen.

Strasbourg (Elsas). Raum machen sich die „Vorfrühlings-triebe“ bemerkbar, so können sie schon als Beweismaterial für den Artikel in Nr. 3 unter Spitzmarke Was ist in Strasbourg los? angesehen werden. Nach Abschluß des Sandsteintarifs sollte auch die Kalksteinfrage gelöst werden. Aber infolge der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit kam man zu keinem befriedigenden Resultat. Am meisten opponierten die Vertreter der Firmen B. u. B. sowie der Schächermühle. Letztere Firma scheint als Spezialgeschäft für ganz Deutschland die Lieferung der französischen Kalksteine übernehmen zu wollen. Daher die Liebe zum wilden Afford. Trotdem die Steine härter sind und die Bearbeitung aufreibender ist, so sind die Preise oft bis zu 30 Prozent niedriger als nach dem Straßburger Tarif berechnet. An gut vier Fünfteln aller zu bearbeitenden Steine sind Sägeflächen, wofür mehr abgerechnet wird pro Quadratmeter, als im Bogenseinstarifs vorgesehen. Es ist absolut keine Liebertreibung, wenn die Kollegen froh sind, vierseitig gefagte Steine nicht machen zu müssen, weil sie sonst noch Geld bringen müßten. Man kann sich hiernach einen Begriff machen, wie schlecht die Handarbeit bezahlt wird. Nun kommt die Firma und will einen Tarif abschließen, ohne mit ihren übrigen Innungskollegen gemeinsame Sache machen zu wollen, jedoch nur für eine Gesteinsart (Morleh). Daß wir dem nicht zustimmen, ist klar. Wenn aus einem Tarifgegnere plötzlich ein Tariffreund wird, so ist immerhin doppelte Vorsicht am Platze. Inferate werden wohl schon in den bekannten Blättern und Voten das Eldorado der Schächermühle loben und preisen. Die Erinnerungen an das vergangene Jahr und das Fehlen einer Münchner Aussperrung werden die Schritte der Kollegen nicht nach Strasbourg lenken. Auch im übrigen ist die Lage hier kritisch. Die Innung will uns Erläuterungen zum Tarif aufnötigen, aber die Zustimmung von unserer Seite fehlt (worüber später an dieser Stelle berichtet wird). Jeder Zug bedeutet eine Schwächung unserer Positionen. Das Augenmerk aller Kollegen muß auf diesen Punkt gerichtet sein, dann wird und muß die Kalksteinfrage gelöst werden, und zwar den alten Beschlüssen gemäß, dt.

Strehlen. Am 7. Januar fand im Gasthause zur Heinrichsruh eine Mitglieder-Versammlung statt. Kollege Munde verlas die Abrechnung vom 4. Quartal 1905, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Der Vorsitzende sprach im Namen der Versammlung seinen Dank aus für die große Mühe, welche sich Kollege Munde hierbei gegeben hat. Er ersuchte ferner die Kollegen, ihren Beitrag recht pünktlich zu begleichen, damit die Sache so weiter klappt. Der Vorsitzende erstattete den Bericht über die Gaukonferenz in Striegau. Die Versammlung hatte dagegen nichts einzubringen. Darauf wurde die Wahl der Rechtsschutzkommission vorgenommen. Es wurden 7 Mitglieder gewählt, welche die Wahl annahmen. Es wurde der Antrag gestellt, eine öffentliche Versammlung abzuhalten und von dem Eintrittsgeld Geschehlicher anzuschaffen. Kollege Barta stellte den Antrag, die Delegiertensteuer-Marken abzuschaffen, und die Zeitungs-

marken beizubehalten und Marken hierfür à 25 Pfg. herauszugeben. Dieser Antrag fand einstimmig Annahme. Unter Verschiedenem wurde über einige Betriebsangelegenheiten gesprochen, u. a. auch auf die Weihnachtsgeschenke der hiesigen Steinarbeiter hingewiesen. Ein Kollege als Bohrer, welcher keine Prämie zu beanspruchen hat, glaubte doch eine Kleinigkeit zu zubern. Er wurde vorfällig beim Chef und sah die Keigung deselben, auch ein Geschenk zu erhalten. Er wurde nachmittags ins Kontor gerufen und dort erhielt er die fröhliche Mitteilung, der Chef habe ihm 20 Pfg., sage und schreibe, ganze zwanzig Pfennige für Schnaps bewilligt. Der Geschäftsführer legte auch noch 10 Pfg. hinzu, so daß es wenigstens 30 Pfg. waren. (Große Heiterkeit.) Die hiesigen Arbeiter glauben es selber nicht, daß Herr Schall einem nüchternen Arbeiter 20 Pfg. für Schnaps präsentieren würde als Weihnachtsgeschenk. Unsere Zählstelle macht dank der unermüdbaren Tätigkeit des Kollegen Barta die schönsten Fortschritte. Die Mitgliederzahl hat 300 überschritten.

Striegau. Am 16. Januar tagte unsere Generalversammlung, welche gut besucht war. Nachdem sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kollegen W. Mosig von den Plänen erhoben, gab der Kassierer Kollege Rieger den Bericht über die Jahresabrechnung, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Aus dem Bericht geht hervor, daß sich die Finanzen der Zählstelle im verfloffenen Jahre um einiges gebessert haben. Kollege Kaufmann gab hierauf den Bericht des Vorstandes. Kollege G. Baubach den Bericht der Kartelldelegierten. Ein Antrag des Gewerkschaftskartells, den Beitrag zu demselben pro Mitglied und Quartal auf 10 Pfg. festzusetzen, wurde nach längerer Debatte angenommen. Hierauf erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Als Vorsitzender wurde Kollege J. Kaufmann, als dessen Stellvertreter R. Schlausch, als Kassierer G. Rieger, als Schriftführer W. Baubach einstimmig gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen O. Krause und F. Urbanek ernannt. Punkt 4 betraf die Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl. Hierbei machte Kollege Kaufmann bekannt, daß seitens der Ortsverwaltung gegen die vom Zentralvorstande vorgeschlagene ungedehte Wahlkreis- und Delegiertenverteilung Protest eingelegt wurde. Dies veranlaßte den Zentralvorstand, uns großmütig noch einen Delegierten zu bewilligen. Nach den Leistungen anderer (?) Delegierte zu verlangen. Solche Maßnahmen seitens des Zentralvorstandes sind aber, bei den wichtigen Punkten, welche zur Beratung stehen, nicht geeignet, ein gedeihliches Zusammenarbeiten zu fördern. Als Kandidaten zur Delegiertenwahl wurden die Kollegen Heinrich Baubach, Johann Kaufmann, Gustav Rieger und Wilhelm Haube nominiert. Beschlossen wurde, zwei Striegauer und einen Sächlicher Kollegen zu wählen. Beim fünften Punkt, Anträge zum Verbandstage, sprachen sich sämtliche Redner scharf gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus. Betont wurde, daß den arbeitslosen Kollegen teilweise schon die Reiseunterstützung zugute kommt, und daß, wenn eine Unterstützungseinrichtung eingeführt würde, dies höchstens Krankenunterstützung sein könnte. Da im Steinarbeiter von verschiedenen Seiten recht lebhaft für Arbeitslosenunterstützung agitiert wird, wurde eine Resolution Haube angenommen, welche erklärt: Striegau erkennt die Notwendigkeit der Krankenunterstützung im Prinzip an, erklärt sich jedoch gegen jede Einführung von Arbeitslosenunterstützung. Eine weitere Frage war die Anstellung eines besoldeten Gauleiters für den Gau 2. Hierzu liegt ein Antrag W. Baubach-Kaufmann zum Verbandstage vor: „Für den Gau 2 ist ein besoldeter Gauleiter anzustellen, demselben wäre eventuell die Laufstiege zuzuteilen.“ In der Begründung führt W. Baubach aus, daß die großen Granitgebiete Schlesiens und der Oberlausitz, in denen die Organisation nur sehr spärliche Fortschritte macht, es unbedingt gebieten, daß hier mit einer kräftigen Agitation eingeseht wird. Auch sind es diese Gebiete, welche bei Lohnbewegungen stets gegen uns ausgespielt werden. Da die Gaukonferenz den auf die Agitation bezüglichen Antrag Striegau ablehnte, sahen sich die Antragsteller veranlaßt, diesen Antrag einzubringen. Nach reger Debatte wurde hierauf der Antrag einstimmig angenommen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende hierauf die Versammlung.

Ulm a. S. Am 12. Januar tagte im Gasthaus zum Anker unsere diesjährige Generalversammlung. Nachdem vom Kassierer der Rechenschaftsbericht vom Jahre 1905 abgegeben und für richtig befunden war, wurde demselben Dank gesagt. Als Delegierter zum Verbandstag in Nürnberg wurde August Frank vorgeschlagen. Anträge zur Generalversammlung wurden gestellt und besprochen: 1. Anstellung eines besoldeten Gauleiters. 2. Ueber Einführung von Unterstützungseinrichtungen soll dem Delegierten freie Hand gelassen werden. Dabei wurde aber betont und zugleich zum Antrag erhoben, daß die Reiseunterstützung unter keinen Umständen erniedrigt, sondern im Gegenteil verbessert werden soll. Im weiteren wurden von einem Kollegen die Verhältnisse geschildert auf einem ganz neu erstandenen Bauplatze. Es ist dieses die Baufirma Franz Gärtle, ehemaliger Maurer, der sich seitens der Meinung hingibt, daß er jetzt auf Rechnung der Steinmehnen den Baulöwen herausfahren könne. Obiger schämt sich nicht, den Kollegen den Kubimeter Nürtinger Sandstein profilierter gotische Arbeit zum Preise von 18 Mark anzutragen; Geschäft ist beinahe auch feins vorhanden. Auf eingelegte Reklamation der vier Kollegen, die bei der ehrenwerten Firma beschäftigt sind, betreibt besserer Lohnpreise, erwiderte Gärtle: Wenn es nicht paßt, kann gehen, ich habe morgen 50—100 Steinbauer, wenn ich will. Die Versammlung sagte den Beschluß, daß nachdem die Kollegen am Sonnabend die Arbeit niedergelegt haben, die Platzperre zu verhängen über betreffende Firma, dann kann Herr Gärtle seine 100 Kubimeter selbst machen.

Ein Denkmal dem christlichen Holzarbeiterverband.

Die christliche Streifbrechergarde in Köln scheint auf ihre Geldeutaten noch außerordentlich stolz zu sein, denn diese Muster-gewerkschaftler ließen kürzlich eine Broschüre drucken, wo sie der Welt kund und zu wissen gaben, wie verwerflich die „Streikaktive der sozialdemokratischen Organisationen sei“. Der Deutsche Holzarbeiterverband wird nach echt christlicher Manier dabei insbesondere wohlwollend berücksichtigt, wir meinen selbstredend unverschämte verächtlich. Diese Lügen- und Fälschereipostel veranlaßt den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes, eine Broschüre herauszugeben, welche sich mit dem Holzarbeiterstreik 1905 im Köln beschäftigt, wo bekanntlich die „Christlichen“ Streifbrecherdienste leisteten und auch solche nützliche Elemente durch ihre Fälschung anwarben. In der Einleitung der vom Deutschen Holzarbeiterverband herausgegebenen Broschüre heißt es:

„Verachtet, wie im Kriege ein Verräter des Vaterlandes, ist in der Arbeiterbewegung der betrogene Streifbrecher. Entschuldigend kann der Streifbruch nur finden, wenn er von unaufgeklärten, indifferenten Arbeitern verübt wird. In Köln aber waren es nicht indifferente, sondern organisierte Arbeiter, die den Streifbruch begangen haben, Mitglieder eines Verbandes, welcher selbst schon Streiks inszeniert hat, im vorliegenden Falle aber mit voller Absicht und Ueberlegung seine Mitglieder zu jener schmachvollen Handlung getrieben hat.“

Und nicht nur die Kölner Mitglieder des Christlichen Holzarbeiterverbandes haben sich zu Streifbrechern hergegeben, nein, der Verband hat auch aus seinen auswärtigen Mitgliedschaften Arbeitswillige in großer Zahl herbeigezogen und sich am Ende sogar seines „Sieges“ öffentlich gerühmt, als infolge des starken Zugangs christlicher Streifbrecher der Streik erfolglos aufgehoben werden mußte.“

Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir hervor: Die Arbeitsverhältnisse in Köln; „Wenn ihr was erreichen wollt“; Die

Forderungen im Jahre 1905; Die Verständigung mit den Christlichen; Was tun in dieser Zwangslage?; Die zweite Helventat der Christlichen; Die Krone des Ganzen; Nachweis der Schande; Der Dank der Verbündeten; Der beabsichtigte Zweck?; Christliche Ehrlichkeit; Zeugnis eines Gegners; „Sozialdemokratische Verleumdungsfucht“; Schlusswort an die Leser.

Diese Broschüre zeigt in der eingehendsten Weise, daß die Helden in Christo mit Absicht Streikbrecherdienste von vornherein schon leisten wollten. Nun, der Streik ging zwar für die kämpfenden verloren, die Christlichen haben sich aber durch ihre schmähliche Handlungsweise nicht nur in Köln, sondern in ganz Deutschland ein Zeichen der Schande gesetzt.

Auch die von Herrn Braun-München redigierte Gewerkschaftsstimme entzündete sich kürzlich darüber, daß eifrige organisierte Steinarbeiter in Miltenberg Streikbrecherarbeit vollzogen haben. Diesen puren Schwindel des christlichen Blättchens haben wir sofort aufgedeckt; die wahrheitsliebende Gewerkschaftsstimme unterschlägt ihren Lesern selbstredend diese Darstellung. Wie weit muß die Verleumdungsfucht eines Blattes schon gestiegen sein, wenn unser Verband mit derartigen Waffen bekämpft werden muß.

Rundschau.

Da hört „Verschiedenes“ auf! Eine in Wechselburg für den 21. d. M. einberufene Steinarbeiter-Versammlung wurde von der Amtshauptmannschaft Rochlitz verboten. Der Ukas lautet wörtlich:

Die für Sonntag, den 21. dieses Monats, nachmittags 3 Uhr, im Sächsischen Hof in Wechselburg angemeldete Versammlung von Mitgliedern des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands wird auf Grund von § 12 in Verbindung mit § 23 des Gesetzes vom 22. November 1850 verboten.

Für den 21. dieses Monats werden, wie aus öffentlichen Aufrufen und Zeitungsartikeln zu entnehmen ist, Demonstrationen, Massenversammlungen und Umzüge in großem Umfange geplant. Deshalb und nach dem aufreizenden Inhalt verschiedener öffentlicher Aufrufe in Verbindung mit den in neuerer Zeit anderwärts gemachten Erfahrungen ist die Annahme begründet, daß bei den örtlichen Verhältnissen in Wechselburg auch die dort für den 21. dieses Monats beabsichtigte Versammlung die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit erheblich gefährden könnte, zumal die unbestimmte Fassung des Punktes 4 der Tagesordnung: „Verschiedenes“, gar nicht erkennen läßt, was die Versammlung schließlich bezweckt.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Da hört in der Tat Verschiedenes auf. Die Amtshauptmannschaft hat offenbar ihre Anweisung von oben, alle Wahlrechtversammlungen zu verbieten, falsch ausgelegt. Denn daß eine Gewerkschaftsversammlung, die als vierten Punkt „Verschiedenes“ auf ihrer Tagesordnung hat, nicht den Zweck haben kann, die Behörden zu täuschen und statt irgendwelcher Gewerkschaftsangelegenheiten die Wahlrechtsfrage zu behandeln, hat sich gewiß auch die Regierung gesagt. Man sieht aber, wohin der Eifer der Polizeibehörden, den Staat unter allen Umständen zu retten, führt.

Dem Verband deutscher Steinmetzmeister sind folgende Unternehmer beigetreten: Westdeutsche Granit- und Marmorwerke, Dortmund; Ed. Bobolitz (Järschauer Granitwerke), Breslau; Lorenz Breiter Witwe in Freudenberg (Main); Karl Kuhns Witwe in Bergschloß (Unterfranken); G. Kirchner u. Co. (Inhaber G. Bräuer), Berlin; Jaf. Schumacher in Mannheim; Heinrich Dettinger in Großheubach (Main).

Interkonfessionelle Bekämpfung der freien Gewerkschaften. Das Eichsfeld ist zurzeit der Schauplatz heftiger Kämpfe zwischen den beiden Richtungen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Der von den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften auf dem Eichsfelde unternommenen Agitation tritt die katholische Geistlichkeit des Eichsfeldes entschieden entgegen, obwohl die höchsten kirchlichen Würdenträger, darunter der Erzbischof von Köln und der Bischof von Paderborn, zu dessen Sprengel auch das Eichsfeld gehört, sich für die christlichen Gewerkschaften erklärt haben. Mit verschwindenden Ausnahmen unterstützt die katholische Geistlichkeit hier die sogenannte „Berliner Richtung“, d. h. die katholisch-konfessionelle Arbeiterorganisation. In einer zu Worbis im Eichsfeld veranstalteten Versammlung der christlichen Gewerkschaften verführte Kaplan Windolph-Worbis eine Brücke zum Frieden zu bauen, indem er vorschlug, daß diejenigen eichsfeldischen Arbeiter, welche in die Industriebezirke abwandern, dort den christlichen Gewerkschaften beitreten, daß letztere aber dafür ihre weitere Agitation auf dem Eichsfelde einstellen. Der Vorschlag fand indes keinen Beifall, die Versammlung stimmte vielmehr den Hauptrednern des Tages zu, welche ausführten, daß eine konfessionelle Trennung der auf christlichem Boden stehenden Arbeiter ein Übel sei und nur der Sozialdemokratie zugute komme. Für die christlichen Gewerkschaften wurden trotz des Einspruchs des Kaplans zahlreiche neue Anhänger gewonnen. Das ist um so bemerkenswerter, als der Einfluß des Klerus auf das Volk hier sonst ein sehr starker ist.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1905. Die Gewerkschaftskommission Oesterreichs hat soeben ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1905 veröffentlicht. Eine genaue Mitgliederstatistik liegt noch nicht vor, aber aus dem Rapportbericht ist ersichtlich, daß auch im letzten Jahre wieder ein bedeutender Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen ist. An Monatsbeiträgen nahm die Gewerkschaftskommission 59 885 Kronen ein; es ist das eine Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahre von 16 458 Kronen und entspricht einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 166 347. Das ist eine Zunahme von 45 700 zahlenden Mitgliedern. An Streikgeldern wurden im Jahre 1905 durch die Gewerkschaftskommission 114 569 Kronen ausgegeben.

„Machen Sie sich von der Partei frei!“ So hat Dr. Freund, der Vorsitzende der Versicherungsanstalt Berlin, den Arbeitervertretern im Vorstand der Anstalt geraten, als sie sich zu fragen erlaubten, weshalb der Vorstand plötzlich die Hypothek, die er beim Bau des Berliner Gewerkschaftshauses für billigen Zinsfuß gegeben hatte, wieder zurückgezogen hat. Nach einigen Winkeln wurde Herr Freund sehr deutlich. Die Gewerkschaften seien mit der Sozialdemokratie zu eng verbunden. Die Sozialdemokratie diskreditiere die Gewerkschaften; würden sie weiter von ihr abdrücken, so könnten sie sich hoher bürgerlicher Gönnerschaft erfreuen. Es ist nicht das erstmal, daß den Gewerkschaften dieser Rat erteilt wird. Als die Auseinandersetzungen in der Presse über den Vorwärtskonflikt noch im Gange waren, konnte man in den Blättern mit bürgerlicher Gesinnung diesen Rat öfters finden. Verlorene Liebesmühel! Die Gewerkschaftsmitglieder, deren Erkenntnis so weit vorgeschritten ist, daß sie sich in poli-

tischen Dingen ein selbständiges Urteil bilden können, werden nach wie vor zu dem Schluß kommen, daß die einzige politische Partei, die ihre Interessen konsequent und ehrlich vertritt, nur die sozialdemokratische Partei ist.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Zwölf Gebote aus den gewerkschaftlichen Jugendjahren.

1. Du sollst nicht glauben, daß eine Gewerkschaft nur zum Streifen da ist, sondern stets eingedenk sein, daß dieselbe auch noch andre Aufgaben zu erfüllen hat.
2. Du sollst nicht meinen, daß eine Gewerkschaft deshalb nichts wert ist, weil Deine Idee nicht gleich oder nicht immer Anklang findet.
3. Du sollst nicht erwarten, daß Dein Lohn schon gleich sich um ein Bedeutendes hebt, wenn Du einige Zeit Deine Beiträge an die Gewerkschaft gezahlt hast.
4. Du sollst Dir nicht einbilden, daß man mit niedrigen Gewerkschaftsbeiträgen sich hohe Löhne erringen kann, denn mit wenigen Opfern wird selten etwas Großes erreicht.
5. Du sollst nicht denken, „es geht auch ohne mich in der Versammlung“, denn wenn jeder Arbeiter so denken wollte, wie es leider häufig der Fall ist, dann ist es überhaupt mit der Gewerkschaft schlecht bestellt.
6. Du sollst nicht bei einer Versammlung Dich vorzeitig brüden.
7. Du sollst nicht bei einer Versammlung gar zutiefst und über alles sprechen. Bedenke, daß es auch im schönsten Musikstück Pausen geben muß.
8. Du sollst nicht kapitalistische Zeitungen kaufen, solange Arbeiterzeitungen um ihre Existenz zu kämpfen haben.
9. Du sollst Dich nicht ein „Gewerkschaftsmitglied“ nennen, wenn Du nicht wenigstens ein Arbeiterblatt hältst, und mehr als eins, falls es Dir möglich ist.
10. Du sollst nicht vergessen, daß Arbeiterblätter, nachdem man sie gelesen, weitergegeben werden sollen, damit auch andre sie lesen. Arbeiterblätter sind für unsre Sache zu wertvoll, um zum Einwickeln benutzt zu werden, namentlich bevor man sie gelesen.
11. Du sollst nicht Bücher und Schriften, welche Dich in bezug auf die sozialen Verhältnisse aufklären und Dir den Weg zur Besserung Deiner Massenlage zeigen können, unbeachtet lassen, um dafür erfundene Geschichten — oft recht dumm erfundene — zu lesen. Die soziale Wissenschaft, von den Arbeitern verstanden, wird die sozialen Verhältnisse derselben um ein bedeutendes besser gestalten.
12. Du sollst nicht das Obige vergessen.

Aus der gewerkschaftlichen Instruktion.

Von den mannigfaltigen Vorteilen, welche die Gewerkschaften dem einzelnen und der Gesamtheit bieten, sind zu beachten und bei der Agitation hervorzuheben:

1. Sie gewöhnen die Mitglieder an Disziplin und Gehorsam gegen die von ihnen selbst geschaffenen Gesetze, durch welche alles in geordneter und gleichmäßiger Weise geregelt wird. Sie stärken das Selbstvertrauen des einzelnen und lehren, sich im Notfall gegenseitig zu unterstützen. Obwohl wie überall auch die Majorität regiert, so genießt die Minorität doch die vollständige Freiheit, deren Handlungen zu kritisieren oder auch umzustößen, indem sie sich bemüht, eine Majorität der Mitglieder für ihre Ansicht zu gewinnen. Das gesamte gesellschaftliche Leben soll ja auf diesem naturgemäßen Grundprinzip der Selbstregierung beruhen.
2. Durch die Disziplin erhalten die Ansichten und Beschlüsse der Gesamtheit den nötigen Wert und auch den nötigen Nachdruck. Macht das Vereinzelte nutzlos, so erzeugt ein fester Zusammenhalt Sicherheit, und diese Sicherheit äußert sich nicht nur in finanzieller Beziehung, so wichtig diese auch ist, sondern in dem Gesamtverhalten der Mitglieder, welche als selbstbewußte Männer auftreten und dadurch oft auch schneller mehr erreichen, als durch leichtsinnige Streiks.
3. Durch den freien Meinungsaustrausch in den Versammlungen erweitern die Mitglieder ihre Anschauungen, hören die Ansichten ihrer Kameraden und kommen zu einem Verständnis ihrer Lage und erhalten dadurch die Mittel zu deren Besserung. Sie lernen die Notwendigkeit einer starken Widerstandsklasse einsehen und sind bemüht, eine solche anzusammeln, zum Schutze gegen alle Gefahren und Notfälle.
4. Sie erziehen die Mitglieder zu ökonomischem und parlamentarischem Verständnis, lehren sie die sozialen Fragen im richtigen Licht betrachten und ihre Ansichten ihren Genossen gegenüber zu erklären und zu verteidigen. Als eine wirtschaftliche Schule gibt es wenig Vereinigungen, die sich den Gewerkschaften gleichstellen können, obwohl der volle Wert und die Macht dieser Erziehung jetzt noch in der Kindheit ist. Doch das Ziel und die Macht der Gewerkschaften beschränkt sich nicht allein auf ihre Mitglieder, sondern umfaßt notgedrungen mehr oder weniger die gesamten Arbeiter eines Gewerks; denn der Einfluß der organisierten Arbeiter macht sich in allen Orten und zu allen Zeiten fühlbar.

Quittung.

Für die ausgeverrenten Kollegen im Odenwald sind an freiwilligen Unterstützungen weiter folgende Summen in Bensheim eingegangen:

Von den Buchdruckern in Bensheim und Heppenheim	28.11 M.
Genosse Hoyer, Mainz	90.—
I. Expedition, Offenbacher Abendblatt	14.80
Steinarbeiterverband, Zabstille Mainz	10.—
II. Expedition, Offenbacher Abendblatt	164.70
Genosse Hoyer, Mainz	120.—
Genosse Hoyer, Mainz	85.—
Arbeitersekretär Sparr, Darmstadt	110.50
Daniel Müller, Erbach (Odenwald)	17.—
Summa	685.11 M.

Bensheim, den 20. Januar 1906.

W. Sobelsberger, Kassierer.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Kassel. Der Steinmetz Joseph Köfler aus Kuppenheim, geb. 28. Januar 1881, Verbandsbuch Nr. 24 300 und H. Martin Gläser aus Burkhardsdorf, geb. 17. Januar 1885, Verbandsbuch Nr. 9040, sollen ihre Adressen an Unterzeichneten mitteilen, damit ich die alte Sache ins Reine bringen kann.

Peter Schaub, Kassierer, Kassel, Graben Nr. 23.
München. Die Reiseunterstützung zahlt aus: Karl Oswald, Pariser Str. 70, I. Wochentags: Abends von 7—8 Uhr, Sonntags: Vormittags von 10—12 Uhr.

Adressen-Änderungen.

Bernd. 1. Vorsitzender: Wolfgang Fischer, Steinmetz, Rotherstraße 55. Kassierer: Franz Glaser, Schleifer, Galgenberg.
Blaubeurg a. Harz. Vorsitzender: Fritz Jasper, Peterfilienstraße 5.

Heidingsfeld. Vorsitzender: Mich. Stumpf, Klingenstr. 447. Kassierer: Christoph Schwind, Bachgasse.
Leipzig II. Vorsitzender: Gustav Häbler, Mödtern, Braustraße 16, II. Kassierer: Richard Hoppe, L.-Neustadt, Margaretenstraße 8, part.
Münchberg. Vorsitzender: Karl Thuj, Bayreuther Straße.
Obabrück. Kassierer: Georg Venne Dunker, Ösningstr. 17.
Striegau. Vorsitzender: Johann Kaufmann, Weberstr. 12. Kassierer: Gustav Rieger, Weberstr. 23.
Stuttgart I. Vorsitzender: Wilh. Haar, Stuttgart-Heslach, Burgstraße 20. Kassierer: Johann Wolf, Stuttgart-Süßheim, Böblinger Straße 233.
Bremen I. Vorsitzender: Adolf Scherrer, Kirchweg 49, I. Kassierer: Heinrich van Müsler, Sommersir. 16a.
Hannover. Vorsitzender: Ernst Volte, Kl. Düsselstr. 36.
Bunzlau. Vorsitzender: Bernhard Reinboth, Kottlacher Str. 40.
Gießen. Vorsitzender: Wilhelm Kreiling, Heuchelheim bei Gießen, Wilhelmstr. 15.
Berlin II. I. Vorsitzender: Johann Durer, Hallensee, Johann-Georg-Str. 13, I. Kassierer: Willy Messer, Hallensee, Westfälische Str. 55, IV.
Mühlhausen i. Th. Vorsitzender: Paul Düring, Weidstr. 20. Kassierer: Hans Mühlhaus, Wagenstätter Str. 2b. — Reiseunterstützung wird auf Werkplatz Schilling ausgezahlt.
Saibach. Vorsitzender: Benedikt Roth. Kassierer: Karl Sared.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 15. bis mit 20. Januar 1906.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbfisken, Ab. = Abonnement, Ins. = Inskrate.)
Sorau, B. 3.20; Freising, B. 4.—, E. 1.—, Z. 1.60; Achim, B. 1.60; Edel, B. 5.60; Eibelfstadt, B. 26.64, E. 1.—, Z. 8.—, H. 2.50; Mühlhausen i. Th., B. 37.96, D. 0.25, Z. 0.50; Ober-Weilau, B. 153.44, Z. 8.50; Struppen, B. 32.—, Z. 8.—; Neufkirchen, B. 4.48, E. 8.—; Striegau, B. 4.80; Brandenburg, B. 64.—; Eibelsbach, B. 38.52, E. 11.—, D. 0.50, Z. 6.—, Ins. 3.—; Regensburg, B. 45.20, Z. 0.50; Berlin II, B. 320.—; Sedmauern, B. 47.88, E. 2.50; Metken I, B. 211.—; Fürstenwalde, B. 6.10; Reddinghausen, B. 6.—; Neu-Stettin B. 3.30; Danzig, B. 44.48, E. 0.50, D. 0.25, Z. 1.50; Kirchheim, B. 33.88, E. 1.—, Z. 4.50; Fischenbach, B. 80.60, E. 4.—, D. 2.—, Z. 5.50; Hoop II, E. 4.—; Kirchberg, B. 84.—; Laufambold, E. 10.—; Landsberg, B. 9.60; Wilmar, B. 30.—; Schmalfalden, B. 52.40, E. 2.50, Ers. 0.25, D. 0.75, Z. 75.—; Heilbronn, B. 13.20; Sand (Vachmann), Ins. 2.—; Colmar, B. 10.90; Zwingenberg, B. 14.—; Baumholder, ? 10.80; Plauen, B. 22.80; Garbheim, B. 32.— M.
Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Obernhausen, Freiburg i. Baden, Blauenburg. Wegen zu großen Stoffandrangs konnten die Berichte nicht veröffentlicht werden. — **Vorsprozelten.** Die Kosten werden etwa 3 Mark betragen. — **Meißen, F.** Frage diese Angelegenheit dem Lokalvorstand vor; hat sich alles so zugetragen, so ist das Verhalten höchst unfollettal. — **Söllingen.** Solche Gratulationen lehnen wir grundsätzlich ab. Hoffentlich erleidet deshalb das glückliche Einvernehmen des hohen Brautpaares keine Trübung. — **Heidingsfeld.** Sch. muß acht Wochen nachzahlen. — **Handersbaker.** Selbstredend können in genannter Restauration Besprechungen abgehalten werden. — **Bruckmühl.** R. hat kein Recht, Dir diesen Abzug zu machen. — **Fürs.** Es mangelt mir an Zeit. — **Augsburg.** Wird veröffentlicht. — **Wittweida.** Mitglieder, die 1904 dem Verbands beitreten sind, müssen jetzt, diejenigen, die 1905 eingetreten sind, eine Delegiertenkarte geklebt haben, um zur Delegiertenwahl für den 2. Verbandstag wahlberechtigt zu sein.

Anzeigen.

Gaukonferenz des II. Gaus.

Vorort: Straßburg.
Sonntag, den 4. Februar 1906, vormittags 10 Uhr beginnend, findet in **Straßburg, Gasthaus zur Glocke, Schwefelgasse** unsere **Gaukonferenz** statt.
Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung über ihre Tätigkeit; 2. Agitation und Organisation; 3. Anträge an den nächsten Verbandstag; 4. Verschiedenes.
Jede Zahlstelle kann einen oder mehrere Delegierte entsenden. Die entstehenden Kosten hat jeder Ort selbst zu tragen.
Im Auftrage des Vororts Straßburg:
Eug. Waldhardt, Königshofen, Schlüsselweg 1.

Zahlstelle Darmstadt-Groß-Gerau

Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3¹/₂ Uhr
General-Versammlung
im Gasthaus z. Schützenhof, Klein-Gerau.
Tagesordnung: 1. Jahresabschluss. 2. Renewal des Vorstandes. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.
Es ergeht hiermit an alle Kollegen das Ersuchen, vollständig und pünktlich zu erscheinen und hat jedes Mitglied sein Verbandsbuch mitzubringen. Auch sind Kollegen, die noch nicht Verbandsmitglieder sind, freundlichst eingeladen.
J. A. Adam Horst.

Erklärung.

Die Anschuldigungen, die ich gegen den Kollegen **Adolf Wolf** bezw. gegen seine Rassenführung erhoben habe, nehme ich hiermit mit Bedauern zurück und erkläre dieselben für unwahr. [2.—]
Karl Budack.

Die Herren Vertrauensmänner werden höflichst ersucht, dem Unterzeichneten gefälligst mitzuteilen, wo sich der

Steinmetz Gust. Ferd. Paul Herrling

geb. den 26. März 1859 zu Berlin, jetzt aufhält. Etwa entstehende Unkosten werden vergütet.

August Lachmann, Sand b. Bunzlau i. Schles., Nr. 11.

Todes-Anzeige.

Am 17. Januar verschied nach 14monatigem Kranklager unser Kollege
Paul Grünert
im Alter von 29 Jahren 10 Monaten an der Verursachtheit.
Ehre seinem Andenken!
1.70
Zahlstelle Chemnitz.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.